

Freiburger Alternative

Aufruf für eine Liberale Alternative in der Koalition 2013

Die FDP ist gegenwärtig die einzige demokratische Partei mit einer starken Gruppierung, welche die strikte Anwendung der Verträge von Maastricht und Lissabon*) verlangt, um die Haftung für fremde Staatschulden zu beenden.

Diese Gruppierung lehnt auch den scheinweisen Transfer von staatlicher Souveränität nach Brüssel und die Gewährung weiterer Bürgschaften an andere Staaten strikt ab.

Die politische Alternative der FDP um den Abgeordneten Schäffler wird jedoch in der Regierungsarbeit systematisch unterdrückt, wodurch es dazu kam, dass die „alternativlose Eurorettung“ seitens der FDP unterstützt oder zumindest toleriert worden ist.

Durch diese Haltung ist unser Wahlziel 2013, die 5% Hürde zu überspringen, bedroht.

Es ist nicht überraschend, dass aktuell eine in Gründung befindliche Partei :“Alternative für Deutschland, AfD“ mit einem sehr ähnlichen Alleinstellungsmerkmal Wählerstimmen sammeln wird, insbesondere auch beim traditionellen FDP-Wählerpublikum.

Im Ergebnis muß befürchtet werden, dass die FDP bei der Bundestagswahl unter 5% fällt und eine Regierung der ‚Alternativlosen Euroretter‘ (koste es was es wolle) von SPD mit Grünen oder von CDU/CSU mit SPD kommen wird.

Es ist ein ur-liberales Alleinstellungsmerkmal der FDP, in Europa freiheitliche Prinzipien durchzusetzen. Dies muß im Wahlprogramm seinen Niederschlag finden.

Dazu gehört die Durchsetzung folgender unveräußerlicher Prinzipien der Europäischen Union:

- Rechts- und Vertragstreue,
- Subsidiaritätsprinzip, (Entscheidungen in der jeweils kleinsten sachkompetenten politischen Einheit)
- Entscheidungen nur mit demokratischer Legitimation,
- Eigenverantwortung der Staaten für Haushalt, Haftung und Wettbewerbsfähigkeit,
- Erhalt der nationalen, ethnischen und religiösen Identitäten,
- Befreiung von Euro-Zwangsmitgliedschaft und Gewährung einer Staatsinsolvenzordnung.

Das FDP-Wahlprogramm muß sich deutlich distanzieren von Maßnahmen der EU, welche entgegen dem Lissabon-Urteil des BVerfG die Souveränität immer weiter aushöhlen und so eine Transferunion und Haftungsgemeinschaft schaffen; auch durch EZB-Mandatsüberschreitungen.

Unsere Hoffnung, das Wahlprogramm der FDP in Bezug auf Europa so zu formulieren, gründet sich auch auf die Einsicht führender FDP-Politiker, welche sich von der realitätsfernen Politik des EU-Zentralismus distanzieren haben und auch den ökonomischen Unsinn der Insolvenz-Vermeidung anprangern. Wir hoffen hier auch auf unseren Parteivorsitzenden und Vizkanzler Philipp Rösler und auf den Kritiker ‚alternativloser Eurorettung‘ Frank Schäffler, MdB.

Für eine EU als Staatenverbund gemäß Lissabon-Urteil des BVerfG, 2009 auf dem soliden Fundament von Kultureller Vielfalt, Vertragstreue und Wettbewerb, ohne Inflation und wachsende Neuverschuldung.

*) Siehe: Lissabon-Urteil des BVerfG zum Staatenverbund von Juni 2009; Zitat aus Leitsatz 1 : „Der Begriff des Verbundes erfasst eine... Verbindung souverän bleibender Staaten, die auf vertraglicher Grundlage öffentliche Gewalt ausübt, deren Grundordnung jedoch allein der Verfügung der Mitgliedstaaten unterliegt und in der... die staatsangehörigen Bürger der Mitgliedstaaten die Subjekte demokratischer Legitimation bleiben.“